

„Rentenversicherung nicht ausreichend“

EMNID-Repräsentativumfrage

- Eine Mehrheit von 55 vH der Deutschen befürchtet nach eigenen Angaben, dass ihre soziale Absicherung durch die gesetzliche Rente nicht ausreichend ist.
- Dagegen halten noch 65 vH aller deutschen Befragten ihren Schutz bei Krankheit für ausreichend.

Dies sind weitere Ergebnisse einer demoskopischen Repräsentativumfrage, die das EMNID-Institut auf Veranlassung des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie (BAVC) durchgeführt hat. Die Umfrage mit dem Thema „Globalisierung – Gesellschaft im Wandel“ lief kurz vor der Bundestagswahl.

Befragt wurde eine repräsentative Bevölkerungsstichprobe von 2.111 Personen in Ost- und Westdeutschland.

Die Umfrage-Ergebnisse spiegeln das Meinungsspektrum vor den Sparbeschlüssen der Bundesregierung wider. Sie zeigen Zwierspältiges:

Einerseits ist die Bevölkerung für die zukünftig entstehende Lücke in der gesetzlichen Rentenversicherung sensibilisiert. Andererseits werden die Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Krankenversicherung von den Bürgern als Problem noch nicht wahrgenommen. Nachfolgend die Ergebnisse im Einzelnen:

■ „Rente nicht ausreichend“

Frage: „Denken Sie jetzt bitte einmal an Ihre soziale Sicherung, also an Ihre Rente und an Ihre Kranken- und Pflegeversicherung. Wie ist das mit Ihrer Rentenversicherung. Halten Sie Ihre Rentenversicherung für ausreichend oder nicht ausreichend?“

Eine Mehrheit aller deutschen Befragten (55 vH) befürchtet, dass ihre Rentenversicherung nicht ausreichend ist. Dies gilt in gleicher Weise für Befragte in West- und Ostdeutschland (jeweils 55 vH). Fast zwei Drittel der heute Berufstätigen (66 vH) halten ihre Rentenversicherung für nicht ausreichend, und nur ein Drittel (33 vH) glaubt, dass sie ausreicht. Besonders groß sind die Befürchtungen bei den Altersgruppen zwischen 20 und 49 Jahren. Dort glauben 70 vH der Befragten nicht, dass ihre Rentenversicherung ausreichend sein wird. In der Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen kehrt sich das Meinungsspektrum um. Dort hält eine Mehrheit von 51 vH ihre Rente für ausreichend. Bei den heutigen Rentnern und Pensionären steigt der Anteil auf 67 vH.

Eigene Rentenversicherung

Total	Region		Berufstätige	Alter			Rentner/ Pensionäre	
	West	Ost		20-29 Jahre	30-49 Jahre	50-64 Jahre		
Basis: 2111 Befragte = 100 %								
%	%	%	%	%	%	%	%	
ausreichend	43	44	41	33	28	29	51	67
nicht ausreichend	55	55	55	66	70	70	48	32
keine Angabe	2	2	3	1	1	0	2	2
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: EMNID-Institut; z.T. Rundungsdifferenzen

■ „Krankenversicherung ausreichend“

Frage: „Wie ist das mit Ihrer Kranken- und Pflegeversicherung. Halten Sie Ihre Kranken- und Pflegeversicherung für ausreichend oder für nicht ausreichend?“

65 vH aller deutschen Befragten sehen nach der Umfrage ihre Kranken- und Pflegeversicherung als ausreichend an, ein Drittel (34 vH) dagegen nicht. Dieses Meinungsspektrum zieht sich mit relativ geringen Abweichungen durch die meisten Be-

Eigene Kranken- und Pflegeversicherung

fragtengruppen. So halten 61 vH der Berufstätigen ihre Kranken- und Pflegeversicherung für ausreichend. Jeder Vierte (39 vH) sieht jedoch Versorgungsdefizite. Der Grad der Zufriedenheit ist abhängig vom Lebensalter. 58 vH der 20- bis 29-Jährigen halten sich der Umfrage zufolge im Krankheitsfall für ausreichend abgesichert.

Bei den Befragten im Alter ab 65 Jahren sind es sogar 73 vH, während 26 vH dies verneinen. Diese Ergebnisse machen deutlich, dass die akuten Finanzierungs- und

Basis: 2111 Befragte = 100 %	Total	Region		Berufstätige	Alter			
		West	Ost		20–29 Jahre	30–49 Jahre	50–64 Jahre	65+ Jahre
	%	%	%	%	%	%	%	%
ausreichend	65	64	68	61	58	59	67	73
nicht ausreichend	34	35	31	39	41	41	33	26
keine Angabe	1	1	1	0	1	1	–	1
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: EMNID-Institut; z.T. Rundungsdifferenzen

Reformprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung vom deutschen Bürger bisher noch nicht als Versorgungsmangel empfunden werden.

Frankreich:

Abkehr von der 35-Stunden-Woche

Der französische Arbeitsminister François Fillon hat kürzlich dem Ministerrat einen Gesetzentwurf zur Änderung der 35-Stunden-Woche vorgelegt. Damit soll eine Rückkehr zur 39-Stunden-Woche möglich werden: Das „Herzstück“ der Arbeitsmarktpolitik der sozialistischen Vorgänger-Regierung wird damit gekippt.

■ Jahresarbeitszeitregelung – Mehr Flexibilität

Künftig wird nicht mehr die wöchentliche, sondern nur noch die jährliche Arbeitszeit festgelegt. Diese soll 1.600 Arbeitsstunden betragen. Die dazu kommenden Überstunden sollen maximal 180 statt wie bisher 130 betragen. Gleichzeitig wird die Flexibilität deutlich erhöht. Zukünftig wird die Höchstarbeitszeit pro Woche auf bis zu 48 Stunden ausgeweitet. Parallel dazu werden die Überstundenzuschläge deutlich reduziert.

Die Regelung soll bis zum 1. Juli 2004 gültig sein. Sie soll dann durch Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern auf Branchenebene ersetzt werden.

Der Arbeitgeberverband MEDEF stimmt

diesen Vorschlägen im Wesentlichen zu. Die Zustimmung der Gewerkschaftsseite soll mit einer in dem Gesetzesentwurf ebenfalls vorgesehenen Anhebung des Mindestlohnes erreicht werden. Die im Zuge der Arbeitszeitverkürzung entstandenen unterschiedlichen Niveaus des Mindestlohnes – je nachdem ob 35 oder 39 Stunden gearbeitet wird – sollen innerhalb von drei Jahren nach oben angeglichen werden. Dies soll die Arbeitgeber rund 6 Milliarden Euro kosten und – mindestens teilweise – durch Abgabenerleichterungen kompensiert werden.

Derzeit arbeiten etwa 8,8 Millionen Beschäftigte, die vor allem in Betrieben mit mehr als 20 Mitarbeitern tätig sind, auf 35-Stunden-Niveau. Die übrigen Lohnempfänger (47 vH der Beschäftigten) stehen noch bei 39 Stunden. Betriebe, in denen bisher noch nicht 35 Stunden pro Woche gearbeitet wird, haben jetzt auch keine Veranlassung mehr, dies zu tun. Die finanziellen staatlichen Hilfen hierfür werden nämlich gestrichen. Die zum Ausgleich an die Unternehmen geleisteten Hilfen haben den Staatshaushalt mit jährlich 15 Milliarden Euro belastet.